

heißung und Vollmacht werden dem Petrus deswegen gegeben, weil Petrus als der erste Jünger Jesus als den Christus Gottes bekannt hat — auf Grund der ihm vom Vater im Himmel verliehenen Gnadengabe“. Aber daraus folgt nicht, daß darin nicht auch ein fortsetzbares Amt eingesetzt sei. „Für das Denken Jesu wie für das ganze biblische Denken ist im Gegensatz zum Hellenismus die Verwurzelung des Bleibenden im Einmaligen charakteristisch“ (Cullmann a. a. O. 237). Die besondere Stellung des Petrus, ihm verliehen durch sein Apostelamt und das Bekenntnis von Caesarea Philippi, ist tatsächlich nur ihm allein geschenkt. Aber in dieser einmaligen und unwiederholbaren Stellung ist doch auch das Bleibende verwurzelt, eben das Amt des Felsens, auf den die Kirche gebaut ist, das Amt des Hauptes, das dem Volk Gottes Einheit schenkt.

Eines haben die Bischöfe von Rom in den nahezu zweitausend Jahren, in denen nun einer auf den anderen folgt, auf jeden Fall erreicht, was dem Protestantismus in den vierhundert Jahren seiner Geschichte nicht gelungen ist: sie haben die Einheit der Lehre und des Glaubens ihrer Kirche gewahrt. Ob man das menschlicher Kraft zuschreiben kann? Nur der Geist Gottes kann unbeirrt und unverwirrt die Wahrheit Christi in der Welt erhalten, eben der Geist, der durch die Schrift zu uns gesprochen hat. Wer die ganze Schrift hört, darf am Glaubensbewußtsein der Kirche nicht vorübergehen, der kann vor allem nicht mehr annehmen, daß darin auch nur ein Schatten von Irrtum zu finden sei. Darum gibt es auch keine biblische Begründung für „Einsichten“, die diesem Bewußtsein fremd sind: Der ganzen Schrift gehorsam sein! Wenn dieses Lehrzuchtverfahren gegen einen Mann, der nichts anderes will als diesen Gehorsam gegenüber der ganzen Schrift, nur dieses eine erreicht hätte, daß wir alle uns wieder mehr bemühen, auf den Heiligen Geist zu hören, der ein Geist der Wahrheit und Liebe

ist, dann hätte es dazu beigetragen, daß sich die Christen trotz aller menschlichen Unzulänglichkeiten doch eines Tages vielleicht in der einen Kirche Christi als Brüder begrüßen dürfen.¹

Oskar Simmel S.J.

Katholische Soziale Woche in München

Vom 12.—15. November 1953 fand in München die „4. Katholische Soziale Woche“ statt. Sie war von etwa 400 Teilnehmern aus ganz Deutschland besucht. Es ist der „Katholischen Sozialen Woche“ gelungen, den weiten Charakter zu waren: Gäste aus Österreich, der Schweiz und Frankreich bekundeten das Interesse des Auslandes.

Karl Fürst zu Löwenstein, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, erklärte bei seiner Begrüßungsansprache: „Sie werden das beglückende Gefühl haben, daß die Münchener Soziale Woche zu einer bedeutenden Einrichtung im deutschen Katholizismus geworden ist; darüber hinaus, daß sie ihren Platz im geistigen Leben unseres Volkes besitzt... Sie ist ein echtes Zeugnis für das Ringen um soziale Aufgeschlossenheit, das für den deutschen Katholizismus schon seit sehr langer Zeit kennzeichnend ist.“ Damit hat Fürst zu Löwenstein den geistigen Ort der „Katholischen Sozialen Woche“, die nun schon zu einer Münchener Tradition geworden ist, innerhalb unseres Volkes und in der Geschichte des deutschen Katholizismus festgehalten.

Es war vor allem das Gesamtthema dieser Woche: Soziale Sicherung durch Eigentumbildung, das viele Besucher anzog. Auch im Ausland hatte man sich schon mit diesem Problem beschäftigt, etwa die Sozialen Wochen in Italien

¹ Vgl. dazu das eben im Verlag Josef Knecht, Frankfurt, erschienene ausgezeichnete Buch *Otto Karrers*, Um die Einheit der Christen, (228 S.) Ln. DM 8,50, worin der Verfasser in sachlicher und vornehmer Weise die Petrusfrage in der Auseinandersetzung mit Emil Brunner, Oskar Cullmann und Hans von Campenhausen behandelt.

und Österreich. In der Münchener Woche wurde der Versuch gemacht, die soziale Sicherung vom Eigentum her zu sehen, um so eine Loslösung der Sicherheit vom Staate zu ermöglichen.

Bundesminister Anton Storch gab in seinem Referat „Von der Sozialpolitik zur Sozialreform“ einen geschichtlichen Rückblick, um dann die Neuordnung aufzuzeigen. Er sah sie in der Anhebung der Renten für diejenigen Rentner, die gegenwärtig Bezüge in einer Höhe erhalten, die dem Einkommen vor zwei oder drei Jahrzehnten bei dem damaligen Preisniveau entsprechen. Weiter sah der Bundesminister die Neuordnung in der bereits gesetzlich verwirklichten Mitbestimmung und schließlich in der Eigentumsbildung in Arbeiterhand.

Der grundlegende Vortrag: „Eigentum als soziale Ordnungsmacht“ (Privatdozent Dr. Schreiber, Köln) stellte als Quellen der Eigentumsbildung vor allem heraus das heutige Nettoeinkommen, das erhöhte Einkommen aus gesteigerter persönlicher Leistung und Auflösung der Zwangssparprozesse, nämlich der Selbstfinanzierung der Unternehmungen über die Preise, und der staatlichen Kapitalbildung über die Steuer. Die beiden letzten Maßnahmen seien zwar höchst unerwünscht, aber unausbleiblich, wenn die spontane Sparleistung der Bürger unzureichend ist. An besonderen Formen des Neueigentums wurden erwähnt der Mitbesitz am Kapital der arbeitgebenden Firma und das Investment-Certificat. Als Grundform und Anfang einer festen Eigentumsform wurde das Eigenheim mit Garten angesehen.

Einen tiefen Einblick in die Vorgänge und Entwicklungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens vermittelte P. Hirschmann S. J., Frankfurt/M. in seinem Abendvortrag „Vom Nachwächter- zum Versorgungsstaat“. „So viel die Menschen heute auch über den Staat klagen und schimpfen, sie nehmen doch mit Freude, ja mit einer gewissen Selbstverständlichkeit die wachsende

Güterfülle entgegen, die er ihnen Tag für Tag darbietet. Die Entwicklung führt aber, wenn wir uns nicht der Grenzen ihrer Sinngebung in unserer Würde als Menschen ständig bewußt bleiben, zu einer anderen Gestalt des Staates, die keineswegs immer als unangenehm empfunden wird, die aber tatsächlich in eine zunehmende Abhängigkeit der menschlichen Personen-Gemeinschaft vom Staat führt, zu immer größeren Erwartungen und Hoffnungen, ja schließlich Forderungen an den Staat. Das Gespenst des Versorgungsstaates beschäftigt mit zunehmender Unruhe viele, die heute um die Würde der menschlichen Personen besorgt sind.“

Die Ausführungen von P. Gundlach S. J., Rom, über „Eigentumsfunktion und Ordnung der Produktion“ wiesen zunächst falsche Auffassungen zurück, in denen das Eigentum keine ordnende Funktion mehr besitzt, so in der Zentralverwaltungswirtschaft; auch dort, wo der Staat, die öffentliche Hand überhaupt, der eigentliche Organisationsfaktor der Volkswirtschaft wird; aber auch in der Theorie der Marktwirtschaft. Es bedarf deshalb einer Revision der Prinzipien, die jedem eigentumsindifferenten System zugrunde liegen. Das Eigentum als Ordnungsform gesellschaftlichen Lebens (allerdings immer im inneren Zusammenhang mit der Familie als Ordnungsform und ebenso mit dem Staate als organisatorischer Bindung an das Gemeinwohl) erhält den volkswirtschaftlichen Prozeß in der Richtung auf eine objektive Zieleinheit und Ganzheit.

Mit der Beziehung der Eigentumsbildung zur Verteilung und zum Verbrauch befaßte sich P. von Nell-Breuning S. J., Frankfurt/M. Er warnte davor, in der Eigentumsfrage und ihrer Lösung die Lösung und das Allheilmittel zur Lösung der sozialen Frage zu sehen. Er warnte auch vor einer Übersteigerung des Gedankens der sozialen Sicherheit in einem Sinne, den wir als Christen nicht mehr bejahen können. Es gehe darum, möglichst viele Menschen zu Eigentümern zu machen und so das

Eigentum der Familie näherzubringen. Der Referent behandelte sodann die Frage der „originären Distribution“ und streifte die „Redistribution“. Er stellte den Einfluß der Einkommensverwendung auf die mögliche Höhe des Einkommens dar und zeigte, daß hier die einzige große Reserve liegt, die dem Zugriff einer aktiven Lohnpolitik noch offen steht. Bezüglich des Verbrauchs glaubte von Nell-Breuning „nicht darauf verzichten zu können, die Frivolität auszusprechen, daß Selbstbeherrschung im Verbrauch Mittel frei macht für Verbrauchsbildung und Investition“.

Nach kurzer Berührung der wechselseitigen Bedingtheit von Konsum- und Investitionsquote im volkswirtschaftlichen Wachstumsprozeß betonte der Referent die sozialpädagogische Aufgabe, die heute eigentumslosen Menschen für Eigentumbildung zu gewinnen. Als Ergänzung der sozialpädagogischen Einwirkung forderte er ökonomische Anreize, die aber so gestaltet sein müssen, daß sie gerade für die Kleineigentumsbezieher reizvoll sind. Im Abendvortrag des zweiten Tages sprach Dr. Gerhard Kroll, München, über das Thema „Zwischen Freiwirtschaft und Planwirtschaft“. Darin zeigte er die Möglichkeit einer Lösung der Frage Freiheit und Bindung in der Wirtschaft auf.

Der dritte Tag der „Katholischen Sozialen Woche“ brachte die konkreten Formen der Verwirklichung der Partnerschaft im Betrieb. Ein Vorbild wurde den Teilnehmern am Beispiel der Firma Karl Kübel, Worms, durch den Leiter der Sozialabteilung, eine Vertreterin des Jugendbetriebsrates und den Betriebsratsvorsitzenden dargeboten.

Am Nachmittag sprach Prof. Guido Fischer, München, über die Grundlagen der Partnerschaft und gab einen Gesamtüberblick über ihre Formen.

An jeden der Vormittags- und Nachmittagsvorträge schlossen sich Aussprachekreise an, deren Themen freilich nicht unmittelbar durch das vorausgegangene Referat bestimmt waren. Ein Aussprachekreis befaßte sich mit

der Frage des Zusammenhalts der Familien und seinen Beziehungen zum Eigentum, ein anderer leistete gründliche Arbeit zu dem Thema „Familienheimaten in Stadt und Land“, ein dritter suchte nach der christlichen Überwindung des Sicherheitskomplexes der modernen Menschen. „Kaufkraftänderung und Eigentumserhaltung“ war ein weiterer Gegenstand der Aussprache. Ferner wurden Arbeitskreise eingerichtet für die Themen: „Wege zum gerechten Lohn“, „Formen der Partnerschaft“ und „Menschenführung im Betrieb“.

Die Ergebnisse der Bemühungen in den Aussprachekreisen wurden am Abend des Samstags bekanntgegeben.

Den Abschluß der Tagung bildete die Kundgebung im Kongreßsaal des Deutschen Museums. Landtagspräsident Gokkelen von Nordrhein-Westfalen behandelte das Thema „Internationale Wirtschaftsordnung und Weltsicherheit“. Kardinal Dr. Josef Wendel beschloß feierlich die „4. Katholische Soziale Woche“, indem er mit großer Eindringlichkeit die Erkenntnisse der Tagung unterstrich.

So weit der Überblick. Wenn man die vergangene „Soziale Woche“ überdenkt, läßt sich über Methode und Ergebnis noch folgendes sagen:

Zur Methode: Bei der gewaltigen Fülle der oft nicht leichten Fragen besteht die Gefahr, daß die Tagung zu sehr mit Referaten belastet wird. So wäre es vielleicht zweckmäßiger gewesen, nur an einem Abend einen Vortrag anzusetzen, um den Teilnehmern nicht nur die Möglichkeit zur Besinnung zu geben, sondern auch Gelegenheit zu bieten, anderen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Aufteilung der Aussprachekreise auf Vor- und Nachmittag scheint den großen Nachteil zu haben, daß sich nachmittags zum Teil ein anderer Personenkreis einfindet, so daß sich daraus Hemmungen für die Weiterführung der Diskussion ergeben. Das Ansetzen der Aussprachekreise am Samstagvormittag und die Verschiebung des Referates auf den Nachmittag war psychologisch

unrichtig, da durch die Aussprache schon alle Fragen mehr oder weniger behandelt oder wenigstens berührt wurden, so daß die Spannung für den Nachmittag bereits vorweggenommen war. Es dürfte sich deshalb wohl die Beibehaltung der Methode früherer Wochen empfehlen, die Vorträge vormittags und die Aussprachen nachmittags zu halten.

Im gesamten aber war die „4. Katholische Soziale Woche“ eine wohl gelungene Veranstaltung. Die Teilnehmer gingen befriedigt und bereichert nach Hause, wenn auch nicht alle Fragen einer restlosen Klärung zugeführt werden konnten. Freilich darf es dabei nicht sein Bewenden haben, wenn Tagungen nicht um ihrer selbst willen stattfinden sollen.

Was war also der Sinn der „4. Katholischen Sozialen Woche“? Vor allem sollte das gegenwärtig viel besprochene Problem einer wissenschaftlichen Klärung zugeführt werden. Die Eigentumsbildung in Arbeiterhand war in der Zeit der Wahlvorbereitung zum 6. September aufgegriffen worden. Würde dieses tiefe Anliegen der christlichen Soziallehre durch den Wahlerfolg der Vergessenheit anheimfallen, so würde das Ringen des deutschen Katholizismus um eine Neuordnung der Gesellschaft ernstlich bedroht. Die tiefsten Anliegen würden zu Phrasen und Wahlschlagnern, die für den Augenblick große Hoffnungen wecken, um darauf eine um so größere Enttäuschung folgen zu lassen. Wird das Anliegen aber wirklich aufgegriffen, ohne wissenschaftlich und in den praktischen Möglichkeiten bis ins Letzte durchdacht zu sein, könnte dem deutschen Katholizismus wieder ein „Betriebsunfall“ zustoßen.

Man darf es der „4. Katholischen Sozialen Woche“ als großes Verdienst anrechnen, daß damit zusammenhängende Fragen von führenden Männern der Wissenschaft gründlich dargestellt wurden. Das bedeutet einen echten Fortschritt. Daß damit die Forschungsarbeit nicht zum Abschluß gekommen ist, ha-

ben die Gegensätzlichkeiten der Auffassung sogar bei den Referenten gezeigt.

Bevor diese Arbeit zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, können Entwürfe für die sozialpolitische Praxis und die gesetzgeberische Arbeit schwerlich allgemeine Anerkennung und Zustimmung finden. Dafür scheint symptomatisch, daß der Arbeitskreis „Reformbedürfnis im Wirtschafts- und Sozialrecht“ zu keinem greifbaren Ergebnis kam. Die Diskussion um die schwierigen Fragen ist jedenfalls durch die Münchener Woche neuerdings in die Öffentlichkeit getragen worden. So darf man hoffen, daß sich im Laufe der Zeit auch gangbare Wege zur Verwirklichung finden.

Wie weit sind frühere Soziale Wochen bisher wirksam geworden? Eine Frucht haben sie jedenfalls gezeitigt: Sie haben zur Verbreitung des katholischen sozialen Gedankenguts wesentlich beigetragen. Damit ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Durchführung geschaffen; denn niemals kann erstrebt werden, was man nicht kennt. Gerade die Diskussion um die Familienausgleichskassen wurde wesentlich von der Sozialen Woche her in der Öffentlichkeit angeregt und weitergetragen. Es wurde bei den verschiedenen Sozialen Wochen auch immer wieder auf das familiengerechte Heim hingewiesen. Die soziale Steuerpolitik kam wiederholt bei den Kongressen zur Sprache. Der erste sichtbare sozialpolitische Erfolg wäre die Einführung der Familienausgleichskassen. Wir hoffen, daß sich diese Erwartung recht bald erfüllt.

Franz Prinz S.J.

Das Unglück und die Gottesliebe¹

Eigentlich hätte dieses Buch als erstes der Werke von Simone Weil erscheinen müssen. Die sechs darin veröffentlichten Briefe bilden die beste Einführung in das Verständnis dieser „schwierigen,

¹ Simone Weil, Das Unglück und die Gottesliebe. (255 S.) München 1953, Kösel-Verlag. Ln. DM 11,80.